

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 7
August 2015



Irak / Deutschland

„Wir haben keine Angst mehr, aber wir weinen jeden Tag“

„In meinem Ort lebten wir mit ca. 1000 jesidischen Familien. Unsere muslimischen Nachbarn hatten uns gesagt: ‚Wenn IS-Leute kommen, müsst ihr eine weiße Fahne herabhängen, dann geschieht Euch nichts.‘ Am 3.8.2014 wurde unser Dorf von IS überrollt. Wer eine weiße Fahne aus dem Fenster gehängt hatte, dem passierte nichts. Niemand wurde getötet. Der IS hatte die Grundschule in der Mitte des Ortes besetzt und beherrschte von dort unser Dorf. Am 15.8. wurden wir alle in die Schule bestellt, und wir erfuhren das Ultimatum, das alles veränderte: ‚Konvertiert ihr zum Islam, passiert Euch nichts. Ansonsten gebt ihr uns alles, was ihr besitzt und alle Handys sofort.‘ Zwei Tage gab man uns Zeit, dem Ultimatum zu folgen. Dann bestellte man uns wieder in die Schule. Die Männer wurden von Frauen und Kindern getrennt. Sie fuhren die Männer aus dem Ort, und wenig später hörten wir viele Schüsse. Auf Lastwagen wurden wir Frauen mit den Kindern in ein anderes Dorf gebracht. Man teilte uns erneut auf: hier die jungen Frauen mit den Kindern, dort die alten und kranken Frauen. Sie brachten die alten und kranken Frauen aus dem Dorf und wieder hörten wir Schüsse. Zusammen mit meinem Sohn und den anderen wurde ich nach Tel Afar, etwa 50 km östlich von Shingal und 30 km westlich von Mossul gebracht. Zwei Wochen bekamen wir ausreichend zu essen und man ließ uns in Ruhe, danach teilte man uns in zwei Gruppen auf und brachte uns in die Dörfer Kaser al-Mehrab und Qasil Qia. Ich kam für drei Wochen nach Kaser al-Mehrab, wo ich bei Schafhirten arbeiten musste.“ Hier stockte die junge Frau, drückte ihren zweijährigen Jungen fest an sich und Tränen traten in ihre Augen. Eine andere junge Frau sagte, dass sie nach diesen drei Wochen verkauft wurde. Der Käufer – das erfuhr sie erst später – hatte sie im Auftrag der kurdischen Regierung freigekauft. „Drei Tage und Nächte waren wir zu Fuß unterwegs. Ich wusste nicht, wo wir uns befanden; wir sind einfach immer nur dem Mann gefolgt.“



Zwei dieser drei Mädchen sind jetzt in Deutschland

Mira, die mir (Karl Hafen) das erzählte, ist zwanzig Jahre alt und eine von fünf jungen Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren, die Khalil al-Rasho und ich in einem kleinen Wohnheim oberhalb von Baden-Baden besuchten. Bei unserem vorletzten Transport in den Irak hatten zwei dieser Frauen Herrn Al-Rasho beim Verteilen der Hilfsgüter geholfen, um auf andere Gedanken kommen. Wir wollten nun sehen, was wir hier für sie tun können. Sieben Tage waren diese Frauen mit den Kindern in der kleinen Unterkunft; eine Sozialarbeiterin sorgte für sie, aber ansonsten keine Ablenkung. Die Frauen waren gebrochen, ihre Augen suchten Halt, die 20jährige Hanan, die mir gegenüber saß, sah mich zwei Stunden mit starrem Blick an; ich bin nicht sicher, ob sie mich wahrgenommen hatte. Die älteste der dort untergebrachten Frauen, 41 Jahre alt, berichtete: „Ich habe drei Kinder. Als

der IS kam, habe ich meiner 14jährigen Tochter die Haare abgeschnitten, damit sie als Junge durchging. Aber sie haben sie trotzdem mitgenommen.“

Ihre Berichte gehen unter die Haut. Auf dem Weg nach Deutschland seien sie gehänselt und beleidigt worden, berichten alle. Die Jüngste wurde im Irak von einem Arzt untersucht, der sich von ihr unterschreiben ließ, dass ein Journalist sie filmen durfte. Sie fühlt sich ausgenutzt und hat bereits einen Selbstmordversuch hinter sich aus Angst, sie könnte erkannt werden oder ihrer Schwester, die sie noch in der Hand des IS vermutet, könnte etwas geschehen. Wir werden bei unserem nächsten Transport versuchen, diesen unsensiblen Arzt, der dafür möglicherweise Geld angenommen hat, zu finden und ihm das Handwerk zu legen. Wir werden mit den Frauen in Kontakt blei-

ben, sie beraten, ihnen beistehen und helfen und ihre Wege verfolgen, und wir werden über die Gräueltaten berichten (weitere Berichte auf www.igfm.de), denn irgendwann kommt der Tag, wo die Täter zur Rechenschaft gezogen werden können.

Um den 10. August geht der nächste Transport. Dank Ihrer Mithilfe haben wir über 100 Rollstühle, hunderte Krücken und andere Mobilitätshilfen gesammelt. Für die sorgfältige und trockene Lagerung haben wir für je 1000 € zwei gebrauchte Container gekauft. Die Kosten für den nächsten Transport in den Nordirak belaufen sich auf 4000 Euro. Dafür erbitten wir Ihre Spende.

Extremisten ist kein Anlass zu gering, Christen der Blasphemie zu bezichtigen

Rukhsana, Frau von Awais Qumar, und Rehana, die Frau von Ashraf Masih, sind Schwestern und leben zusammen in einem Familienverband im Dorf Chak 460 Makki. Sie haben keine Schulbildung. Rakhsana und Awais haben vier Kinder, Rehana und Ashraf haben zwei Kinder. Awais Qamar ist Arbeiter. Bei der Renovierung in einem Schulgebäude fand er eine Plastikplane mit dem Schulmonogramm und arabischen Schriftzeichen und nahm sie mit nachhause. Rukhsana gefiel das Monogramm und legte die Plane als Fußmatte in den Flur.

Am 30. Juni kam gegen 8 Uhr ihre Nachbarin Kaneez Bibi. Auch ihr gefiel die Plane und sie wollte sie haben. Für 1000 Rupien könne sie sie mitnehmen, meinte Rukhsana. Kaneez hatte nur 400 Rupien bei sich. Für die restlichen 600 könne sie Milch haben, denn sie war die Frau des Milchmanns. Rukhsana wollte aber Bargeld. Kaneez stimmte schließlich zu. Sie werde ihren Bruder Muhammad Nasir holen, der den Rest bezahlen werde.

Muhammad Nasir gehört der radikal-islamischen Sipa-e-sahaba-Gruppe an. Auch er konnte nicht lesen, was auf dem Teppich stand, und es interessierte ihn auch nicht. Als er sah, dass Rukhsana mit den Füßen über die arabischen Schriftzeichen lief, schlug er auf Rukhsana ein, während Kaneez Bibi andere Leute herbeiholte und Rukhsana öffentlich der Blasphemie bezichtigte.

In wenigen Augenblicken stand das gesamte Dorf rund um Rukhsanas Haus. Sie riefen nach Awais, schoren seine Haare und begannen, auch Rukhsana und Rehana die Haare abzuschneiden. Sie schwärzten die Gesichter von Rukhsana, Rehana und Awais, banden ihnen die Schuhe auf den Rücken und zwangen sie, auf dem Rücken eines Esels um das Dorf zu reiten. Dem Pastor kündigten sie an, das gesamte Christenviertel niederzubrennen. Immer mehr

gesichertes Beweismittel: Dafür sollten drei Menschen sterben



Von: Aneeqa Maria [mailto:aneeqamaria@yahoo.com]
Betreff: meaning of flex

Dear Mr. Hafen,

I hope this email will find you in good health. I have attached a picture of the same flex due to which the Awais and his family suffered a lot. it is just a piece of it. and you will also notice that there is no religious element written on the flex. There are only the educational logos and writings on it. Flex is like a big advertising sort of cloth or plastic which is used on bill boards for advertisements.

sipa-e-sahaba is an extremist religious group of Taliban which is very strong after JUD. Sipa-e-sahaba is most of the time behind the Blasphemy issues and they are responsible for almost all sorts of religious riots.

I will be happy to assist you further if required.

I also want to thank you for all efforts you are doing.

Regards to all at IGFM.

God Bless,
Aneeqa

Leute von Sipa-e-Sahaba erreichten den Ort und ebenso hunderte Polizisten. Der leitende Polizeioffizier handelte mit den einheimischen Muslimen aus, dass beide christlichen Familien das Dorf verlassen müssten und nie wieder zurückkehren würden. Im Gegenzug verzichteten die Muslime, den christlichen Dorfteil niederzubrennen.

Der Polizeioffizier hatte sofort erkannt, dass es sich bei den arabischen Schriftzügen nicht um koranische Verse handelte und versuchte das dem Mob zu erklären. Aber die Leute hörten nicht zu. Dem Polizisten blieb nichts anders übrig, als die gesamte Familie ins Polizeifahrzeug zu laden und auf die Polizeistation nach Sheikhpura mitzunehmen.

Das Team von VOICE um die Menschenrechtsverteidigerin und Anwältin Aneeqa Maria Anthony untersuchte die Vorwürfe, sicherte ein Stück Plane als weiteres Beweismittel, nahm Kontakt mit der Polizei auf und handelte eine Sicherheitsgarantie für die Familie aus, denn bislang wurde keine Anklage erhoben. Die Familie kehrte in ihr Haus zurück, und die Polizei sagte zu, mehrere Tage davor zu wachen.

Fälle wie dieser sind Alltag geworden in Pakistan. Sipa-e-Sahaba ist eine religiöse extremistische Talibangruppe, die immer wieder versucht, Andersgläubige mit Blasphemievorwürfen zu überziehen. Für die Polizei ist es dann einfacher, mit den Extremisten ein Übereinkommen zu Lasten der unschuldigen Opfer auszuhandeln und diese dann sich selbst zu überlassen. Anwälte wie Aneeqa Maria Anthony aber wollen das

Recht durchsetzen und begeben sich dabei selbst in Gefahr. Darum ist es hier angebracht festzustellen: Sie tut das nicht nur als betroffene Minderheit zum eigenen Schutz, sondern sie tut es auch für die Achtung der Menschenrechte insgesamt. Ohne mobile moderne Kommunikationsmittel wie Laptops und Handys und gebildete engagierte Mitarbeiter blieben Informationen wie über diesen Fall unbekannt.

VOICE beschäftigt im Büro derzeit sieben Mitarbeiter, will aber angesichts zunehmender Übergriffe das Personal um weitere drei Personen aufstocken. Die bisherigen sieben Mitarbeiter kosten VOICE monatlich zusammen umgerechnet 2000 € an Lohn. Geld dafür kann VOICE in der eigenen Heimat nicht sammeln, VOICE ist auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Bitte helfen Sie!

Kennwort VOICE (53)

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Redaktion: Karl Hafen
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Sektion Österreich:
Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien
Sektion Schweiz:
Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,
Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:
IBAN: DE73 5125 0000 0023 0007 25
Swift-BIC: HELADEF1TSK
Taubussparkasse,
Konto 23 000 725 • BLZ: 512 500 00



Sudan

Khartum: Christen wegen „unmoralischer Kleidung“ verurteilt

Am 6. Juli 2015 hat ein sudanesisches Gericht eine Christin für unangemessene Kleidung innerhalb des Gerichtssaals zu 500 sudanesischen Dinar (etwa 80 Euro) Strafe verurteilt.

Nach dem Urteil des Richters wird die Christin für einen Monat inhaftiert, falls sie die Geldstrafe nicht bezahlt.

Die Frau gehört zu einer Gruppe von Christinnen, die in der Woche davor wegen „unmoralischer Kleidung“ von der Ordnungspolizei festgenommen worden sind, als sie den Gottesdienst in der El Izba Baptistenkirche in Khartum verließen.

Die sudanesische Verfassung sieht den Artikel 152 des Strafrechts – „Unmoralische Kleidung“ - nicht für Christen vor, da man von ihnen nicht erwarten kann, dass sie der Scharia folgen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Anwendung von Artikel 152 nicht verpflichtend ist und seine Interpretation weit ausgelegt werden kann.

Der Richter hatte den Pastor der Gemeinde, der einer der Entlastungszeugen ist, während der Verhandlung gefragt, inwiefern die Kleidung der Frau ihre Arme zeigt.

Der Pastor hatte darauf hingewiesen, dass die Frau eine normale Kleidung trägt, wie sie von Christen akzeptiert wird.

Syrien

kurz, ehrlich, verständlich

Monsignore George Dankaye, Apostolischer Administrator für Jerusalem und Amman, traf sich auf Einladung der Stephanus-Stiftung der IGFM mit Michaela Koller und Walter Flick, Referenten für den IGFM-Arbeitsbereich Religionsfreiheit. Monsignore Dankaye sieht die Lage der Christen im Nahen Osten sehr nüchtern:

IGFM: Wie sieht es in Ihrer Heimat Aleppo aus?

Dankaye: Die Situation ist katastrophal. Aleppo ist belagert von Dschihadisten. Nur eine Straße wird noch von der Regierung für den Aus- und Eingang kontrolliert. Von ehemals fast 15 000 armenisch-katholischen Christen hat über die Hälfte seit 2011 die Stadt verlassen. Meine alten Eltern leben noch dort ohne Wasserversorgung, Strom und Internet. Sie und meine Geschwister sind hin- und hergerissen zwischen Angst, Fluchtgedanken und Heimatverbundenheit.

IGFM: Wie ist die Lage der Christen in Syrien?

Dankaye: Wie bei den Muslimen. Aber die Christen haben Angst. Die Muslime, die auch mal die Seiten wechseln, sind gut vernetzt. Die christliche Minderheit kann sich nicht einfach ins nächste Dorf retten. Die jungen Christen haben keine Hoffnung mehr, wenn eine islamistische Regierung an die Macht kommt. Sie sind für eine moderne Regierung.

IGFM: Wie ist das Verhältnis aller Christen in Syrien?

Dankaye: Eng. Als Minderheit ist man sich nahe, gerade jetzt.



Monsignore Dankaye bei Verleihung des Stephanus-Preises 2015 in St. Aposteln in Köln

IGFM: Was können wir Christen im Westen tun, um dort die Not zu lindern?

Dankaye: Sie sollten auf die Regierungen des Westens für die Christen des Orients einwirken und die Christen legal unterstützen, damit sie nicht mit Schlepperbanden das Land verlassen müssen. Man muss den Krieg beenden, den armen Christen helfen.

IGFM: Angesichts der Verfolgung der Christen heute, erinnert sie das an den Völkermord an den Armeniern vor genau 100 Jahren?

Dankaye: Sicherlich, aber mit einem Unterschied. Damals hat das die Welt nicht zur Kenntnis genommen. Heute geschieht das unter den Augen der Weltöffentlichkeit.

Wir alle können etwas helfen. Mit Spenden zum Beispiel.

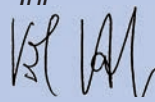
Kennwort Aleppo (91)

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

immer mehr Menschen leiden unter religiöser Ausgrenzung und Verfolgung, ja man kann sagen: religiöser Apartheid. Sie fliehen zu Hunderttausenden aus islamischen Ländern und suchen bei uns Schutz. Sie bekommen zusätzlich Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Chancen. Gegen die Apartheid in Südafrika hatte sich ein internationales Netzwerk gebildet, das die Gleichbehandlung von schwarzen, weißen und farbigen Bürgern gefordert hatte. Deutschen Firmen wurde empfohlen, der nichtweißen Bevölkerung vermehrt Arbeitsplätze anzubieten und ihnen den Aufstieg zu er-

möglichen. Das Apartheidregime hatte der Forderung nach Gleichbehandlung und Gleichberechtigung schließlich Raum geben müssen. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, so auch in unserem Grundgesetz, wird eine Unterscheidung nach Hautfarbe zurecht verboten, eine Zuwiderhandlung unter Strafe gestellt. In der Menschenrechtsklärung und im Grundgesetz ist es aber auch untersagt, nach religiösen Gesichtspunkten zu unterscheiden. Angesichts der zunehmenden Bedrohung nicht-islamischer Minderheiten an Leib und Leben ist es ein Gebot der Stunde, sich auf ihre Seite zu stellen. Ich möchte anregen, dass alle deutschen Botschaften

und Konsulate in allen Ländern der Islamischen Konferenz – das sind zurzeit 57 Staaten – deutlich mehr Angehörige nichtislamischer Minderheiten anstellt und ihnen Aufstiegsmöglichkeiten anbietet. Und gleiches sollen deutsche Firmen in ihren Niederlassungen tun. Die Bundesregierung sollte in allen europäischen Gremien und auf der internationalen Ebene dafür werben, dass auch dort Anstrengungen unternommen werden, die religiöse Apartheid zu beenden.

Ihr

Karl Hafen



Hessischer Friedenspreis – ein Fingerzeig zur rechten Zeit

Am 17. Juli 2015 wurde Ella Poljakowa, die Vorsitzende der „Soldatenmütter St. Petersburgs“, im Hessischen Landtag mit dem Hessischen Friedenspreis geehrt. Die IGFM unterstützt seit Jahren die Arbeit der Soldatenmütter und sieht in der Verleihung eine Anerkennung zur rechten Zeit, denn erst vor wenigen Wochen hatte das russische Parlament erneut durch Gesetze die Rechte der Nichtregierungsorganisationen (NGO) weiter eingeschränkt und in einem Präsidentenerlass Mitteilungen über die Ursachen des Todes von Soldaten zum Staatsgeheimnis erklärt.

Die „Soldatenmütter St. Petersburgs“ – gegründet 1991 - setzen sich gegen die in den russischen Streitkräften verbreitete brutale Behandlung von Rekruten ein, der jährlich einige Soldaten durch sadistische Folter, Totschlag oder getrieben in den Selbstmord zum Opfer fallen. Sie bekämpfen Fälle von Korruption und Erpressung von Wehrdienstleistenden und ihren Missbrauch als Sklavenarbeiter, gehen Hilferufen von Soldaten bzw. ihrer Angehörigen nach, leisten rechtlichen Beistand und schicken Beobachter vor Ort. Und sie erfüllen eine gerade jetzt wichtige Aufklärungsarbeit: Nur wenigen ist bekannt, dass es in Russland keine allgemeine Wehrpflicht gibt, und auch die Bürger Russlands wissen das nicht. Die Soldatenmütter klären daher Schulabgänger auf, damit sie nicht auf der Straße von Anwerbern durch Gruppendruck verpflichtet und gleich in Kampfgebiete geschickt werden z.B. an die Grenze zur Ukraine mit der Option des Einsatzes dort.

Militärbehörden versuchen mit aller Macht, die Organisation in ihrer Arbeit zu behindern, Mitarbeiterinnen unter Druck zu setzen oder tätlich anzugreifen. Seit Jahren wird sie mit Prozessen und Vorladungen überzogen. Besuche von Steuerbehörden oder Staatsanwaltschaft behindern die Arbeit immens. Am 28. August 2014 wurde die Organisation in das Register des Justizministeri-



Friedenspreisträgerin Ella Poljakowa (mit Dr. Carmen Krusch-Grün und Karl Hafen)

ums Russlands als „ausländische Agenten“ eingetragen und muss sich selbst auf Briefköpfen und auf der eigenen Internetseite so bezeichnen.

Frau Poljakowa empfahl, den Worten Präsident Putins sehr genau zuzuhören: Bei Verkündung des NGO-Gesetzes im Jahre 2012 hatte Putin verkündet: Keine russische Organisation solle es nötig haben, auf ausländische Gelder angewiesen zu sein. Konsequenterweise stellte er den Bezug ausländischer Fördermittel unter Strafe und stellte selbst 4 Mrd. Rubel zur Verfügung, die an die Vereine verteilt werden sollten. Bei seiner Ankündigung habe er aber unterschlagen, so Ella Poljakowa, dass er nicht unterscheidet zwischen privaten, regierungsnahen und sogar staatlichen Vereinen. Das wird jetzt den Vereinen, die Putins Weg kritisieren, zum Verhängnis. Der Mietvertrag, den die Soldatenmütter St. Petersburgs für das Büro abgeschlossen hatten, lief am 31. Juli 2015 aus und wurde nicht erneuert. Die Soldatenmütter verlieren somit Geschäftsstelle und Adresse. Ob sie unter diesen Bedingungen dennoch Unterstützung aus dem Präsidentenfonds bekommen, ist eher unwahrscheinlich. Und so geht es jetzt vielen. Ella Poljakowa

versicherte uns, dass sie mit der Ausbildung eines kleinen Heers von Ehrenamtlichen noch lange durchhalten könne. Eindeutige Verlierer aber sind hilfeschuchende Soldaten und die Eltern getöteter und umgekommener Soldaten. Putin ist auf dem Rückweg in die Sowjetunion. Und man darf nicht vergessen: Die Annexion der Krim hat Putin einen Beliebtheitsschub gegeben von 40% vor der Annexion auf über 80% nach der Annexion. Das könnte ihn verführen, auch in anderen Ländern Unruhe zu initiieren, um irgendwann als Retter zu kommen. Zumal er nicht mit seiner Meinung zurückhält, dass die Auflösung der Sowjetunion ein historischer Fehler war.

Ella Poljakowa und die „Soldatenmütter St. Petersburgs“ brauchen jetzt unsere öffentliche Unterstützung. Die Preisverleihung war ein notwendiger Fingerzeig auf Putin. Weil finanzielle Förderung aus dem Ausland nicht möglich ist, haben wir Frau Poljakowa versprochen, wieder vermehrt über Opfer der von Putin geförderten Willkür zu berichten, die Information kampagnenartig zu verbreiten und den Opfern direkt zu helfen.